

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Tim Wirth (GRÜNE) vom: 18.09.2007 eingegangen: 18.09.2007	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	43. Plenarsitzung des Gemeinderates 16.10.2007 1158 25 öffentlich Dez. 2
Kostenrahmen der Kombi-Lösung		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes

Inwiefern werden sich die Kosten für die Umsetzung der Kombi-Lösung aufgrund

- a) **der allgemeinen Preissteigerung,**
- b) **der gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise,**
- c) **möglicher Schadensersatzansprüche etwa durch den Handel oder durch Ansprüche von Anwohnern auf passiven Lärmschutz,**
- d) **der durch die verschärften Brandschutzauflagen gestiegenen Kosten,**
- e) **des gestiegenen Mehrwertsteuersatzes**

aus heutiger Sicht voraussichtlich erhöhen?

Die bisherigen Kostenansätze mit Kostenstand 2004 wurden durch einen Vergleich verschiedener Positionen mit aktuellen Submissionsergebnissen bei anderen Maßnahmen überprüft. Ein Vergleich kann dabei aber nur Tendenzen aufzeigen, da jedes Projekt seine projektspezifischen Besonderheiten aufweist.

Der Zuwendungsgeber schätzt die Kostenberechnung der KASIG für den GVFG-Antrag als realistisch ein. Eine darüber hinausgehende zuverlässige Aussage zur zu erwartenden Vergabesumme ist derzeit, ohne eine vertiefte Risikobetrachtung mit entsprechenden weit streuenden Kostenszenarien, nicht möglich.

Kosten für mögliche Schadensersatzansprüche durch den Handel oder für Maßnahmen zum passiven Lärmschutz sind im GVFG-Antrag berücksichtigt. Vertiefere Erkenntnisse zur Auskömlichkeit gibt es derzeit nicht.

Die verschärften Brandschutzauflagen führen voraussichtlich, wie bereits in der Aufsichtsratsitzung der KASIG im Juni 2007 mitgeteilt, zu Mehrkosten in Höhe von 700 000 – 800.000 Euro. Dies entspricht ca. 0,2 % der Gesamtkosten.

Bei einer Vorsteuerabzugsberechtigung ist der gestiegene Mehrwertsteuersatz nicht maßgeblich.

Welcher Förderquote entspräche die bisher zugesagte Fördersumme des Landes in Anbetracht der voraussichtlich höheren Kosten?

Die KASIG geht davon aus, dass evtl. Kostenerhöhungen keinen Einfluss auf die Förderquote haben.

Ist davon auszugehen, dass die Zuschussgeber Bund und Land ihre Mittel evtl. steigenden Projektkosten anpassen?

Dies kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden.

Falls nein: Wie beabsichtigt die Stadtverwaltung, die sich hierdurch ergebende Finanzierungslücke zu schließen?

Entfällt, da Frage 3 beantwortet.